

Kösliner Volksblatt

vorm. Fürstentümer Zeitung
General-Anzeiger für den Regierungsbezirk Köslin

Der Anzeigenpreis beträgt für die sechsgespaltene Kleinzeile 30 Pfg.; Reklame kostet die dreigespaltene Kleinzeile 90 Pfg. Bei Wiederholung wird Preisermäßigung gewährt. Erfüllungsort Köslin. Vermittlung von Anzeigen für alle Zeitungen ohne Preisermäßigung

Nr. 162.

Dienstag, den 15. Juli 1919.

17. Jahrgang.

Uebergabe der verlorenen Ostprovinzen am 25. Juli.

Das Reichsnotopfer.

Der Reichsminister der Finanzen erfüllt sein Versprechen, den Gesetzentwurf über die große Vermögensabgabe der Öffentlichkeit bekanntzugeben, sehr schnell. Der Reichsanzeiger wird die 53 Paragraphen des Gesetzentwurfes bringen, der die Bezeichnung „Entwurf eines Gesetzes über das Reichsnotopfer“ trägt. Der Paragraph 1 und Letzttag lautet:

„Der äußersten Not des Reiches opfert der Besitz durch eine nach den Vorschriften dieses Gesetzes zu bemessende große Abgabe vom Vermögen (Reichsnotopfer)“.

Die Abgabepflicht erstreckt sich auf die Angehörigen des Deutschen Reiches, auf staatenlose Personen, wenn sie im Deutschen Reich einen Wohnsitz oder dauernden Aufenthalt haben, auf Ausländer, die sich im Deutschen Reich dauernd des Erwerbs wegen aufhalten. Daneben sollen Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung, Versicherungsvereine auf Gegenseitigkeit, eingetragene Genossenschaften, landwirtschaftliche und ritterschaftliche Kreditanstalten, Berggewerkschaften usw., aber auch alle sonstigen juristischen Personen, sowie nichtrechtsfähige Vereine und Stiftungen ohne juristische Persönlichkeiten, wenn auch mit Unterschieden, der Abgabe unterworfen werden.

Die Unterschiede beziehen sich zunächst darauf, daß Aktiengesellschaften usw. mit dem Reinvermögen nach Abzug des Grundkapitals abgabepflichtig sind. Dagegen sind alle anderen erwähnten Abgabepflichtigen mit Ausnahme der Ausländer mit dem ganzen Vermögen zum Reichsnotopfer heranzuziehen.

Abgabefrei sind

1. die Gliedstaaten;
2. die Gemeinden und sonstigen Kommunalverbände aller Art;
3. die Kirchen sowie die kirchlichen und religiösen Gemeinschaften;
4. Anstalten, die mangels eigener Mittel vom Reiche von den Gliedstaaten oder von sonstigen öffentlich-rechtlichen Körperschaften teilweise oder dauernd unterhalten werden;
5. die Reichsbank;
6. die Anstalten der reichsgesetzlichen Unfall-, Invaliden-, Sterbe-, Krankenkassen und Kassen ähnlicher Art;
7. Stiftungen, Anstalten oder Vereine, die ohne Beschränkung auf einen bestimmten engeren Personenkreis und ohne Erwerbsabsichten ausschließlich einem oder mehreren der nachfolgend genannten Zwecke dienen:
der Armenpflege, der Krankenpflege, der Wöchnerinnen-, Säuglings- und Kleinkinder- und Waisenspflege für Minderbemittelte, der Fürsorge für Kriegsteilnehmer oder Hinterbliebenen von Kriegsteilnehmern.

Vermögen im Sinne des Gesetzentwurfes ist das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen nach Abzug der Schulden, wobei jedoch Haushaltungsschulden und Schulden und Lasten, die in wirtschaftlicher Beziehung zu nichtabgabepflichtigen Vermögensteilen stehen, unberücksichtigt bleiben.

Zum Vermögen gehört unter anderem auch der Kapitalwert der Rechte auf Renten und andere wiederkehrende Leistungen und Leistungen, ferner noch nicht fällige Ansprüche aus Versicherungen. Dagegen sind nicht abgabepflichtig Ansprüche aus Witwen-, Waisen- und Pensionskassen, Ansprüche aus einer Kranken- oder Unfallversicherung usw., aus Renten und Bezügen, die mit Rücksicht auf ein früheres Arbeits- oder Dienstverhältnis gewährt werden. Zum steuerbaren Vermögen gehören auch nicht Möbel und Hausrat, wohl aber Edelsteine, Perlen oder Gegenstände aus edlem Metall, soweit ihr Gesamtwert den Betrag von 20 000 Mark übersteigt.

Das Vermögen der Ehegatten wird zusammengerechnet, sofern sie nicht dauernd von einander getrennt leben. Ehen, die der Abgabepflichtige oder seine Ehefrau nach dem 31. Juli 1914 an Kinder oder an deren Abkömmlinge vorgenommen hat, sind dem Vermögen des Schenkenden hinzuzurechnen. Ausgenommen sind Zuwendungen im Werte von weniger als tausend Mark, fortlaufende Zuwendungen zum Zwecke des standesgemäßen Unterhaltes oder der Ausbildung, Zuwendungen auf Grund eines gesetzlichen Anspruchs und übliche Gelegenheitsgeschenke. Eine Kapitalabfindung, die jemand als Entschädigung für den durch Körperverletzung oder Krankheit herbeigeführten gänzlichen oder teilweisen Verlust der Erwerbsfähigkeit empfangen hat, ist nicht abgabepflichtig. Die Aktiengesellschaften usw. sind, wie schon oben bemerkt, berechtigt, das Grundkapital bei der Feststellung des Reinvermögens in Abzug zu bringen. Sie dürfen ferner abziehen die Rücklagen für Wohlfahrtszwecke, deren entsprechende Verwendung gesichert ist, und soweit es sich um Versicherungs-Unternehmungen handelt, die Rücklagen für die Versicherungssummen und für die dem Versicherten selbst als sogenannte Dividende zurückerhaltenden Prämienüberschüsse. Die Berggewerkschaften, Genossenschaften usw., die kein Grund- oder Stammkapital haben, dürfen nach näheren aus dem Gesetzentwurf sich ergebenden Vorschriften entsprechende Abzüge machen.

Wenn auch die Bewertung von Grundstücken im allgemeinen nach dem gemeinen Wert zu erfolgen haben wird, so ermäßigt sich doch bei Grundstücken, die dauernd land- oder forstwirtschaftlichen oder gärtnerischen Zwecken zu dienen bestimmt sind, der Wertansatz um ein Viertel. Bei Baugrundstücken kann der Abgabepflichtige verlangen, daß der gemeine Wert nach eigener Einschätzung festgestellt wird.

In diesem Falle muß aber dem Reich, dem Staat oder der Gemeinde bis zum 31. Dezember 1920 das Recht eingeräumt werden, das Grundstück für den selbsteingeschätzten Wert zuzüglich der Zinsen, Kosten und Aufwendungen zu erwerben.

Der Stichtag für die Ermittlung des Vermögenswertes ist der 31. Dezember 1919.

Von größtem Interesse ist die Höhe der Abgabe; sie beträgt für die inländischen Aktiengesellschaften usw., für die sonstigen inländischen juristischen Personen, für nichtrechtsfähige Vereine, Stiftungen usw. 10 vom Hundert des der Abgabe unterliegenden Vermögens. Das bedeutet gegenüber den Abgabepflichtigen für die sonstigen Abgabepflichtigen eine wesentliche Ermäßigung, die aber, soweit es sich um Aktiengesellschaften, Gesellschaften mit beschränkter Haftung handelt, schon wegen der Doppelbesteuerung (Gesellschaft einerseits, Aktionäre andererseits) berechtigt ist.

Die für die sonstigen Abgabepflichtigen vorgesehene Abgabe beträgt

für die ersten angefangenen oder vollen 50 000 Mark des abgabepflichtigen Vermögens 10 v. H.

f. d. nächsten angefangenen oder vollen	Mark	
50 000	12 v. H.	
100 000	15 v. H.	
200 000	20 v. H.	
200 000	25 v. H.	
200 000	30 v. H.	
200 000	35 v. H.	
500 000	40 v. H.	
500 000	45 v. H.	
1 000 000	50 v. H.	
2 000 000	55 v. H.	
2 000 000	60 v. H.	
	für die nächsten weiteren Beträge	65 v. H.

Abgabepflichtig ist nur der den Betrag von 5000 Mark übersteigende Teil des Vermögens. Besitzt also jemand 50 000 Mark Vermögen, so würden nur 45 000 Mark abgabepflichtig sein und einer Abgabe von 4500 Mark unterliegen. Die Wirkung der Abgabe tritt in der folgenden Uebersicht klar in Erscheinung.

Abgabepflichtiges Vermögen	Höhe der Abgaben in Mark	in Proz.
100 000	11 000	11
200 000	26 000	13
300 000	46 000	15,3
400 000	66 000	16,5
500 000	91 000	18,3
600 000	116 000	20,9
700 000	146 000	20,9
800 000	176 000	22,0
900 000	211 000	23,4
1 000 000	246 000	24,6

„Hat der Abgabepflichtige — so heißt es im Gesetzentwurf — oder haben im Falle der Zusammenrechnung des Vermögens der Ehegatten“ beide Ehegatten zwei oder mehrere Kinder, so wird für jedes Kind der Betrag von je 5000 Mark von der Abgabe freigestellt. Zugleich wird von dem der Zahl der Kinder entsprechend Betragen von 50 000 Mark die Abgabe nur in Höhe von 10 vom Hundert erhoben. Vom Rest des abgabepflichtigen Vermögens wird die Abgabe nach dem Satz erhoben, der sich für das gesamte abgabepflichtige Vermögen ergibt. Ist eins der Kinder bereits unter Hinterlassung von Abkömmlingen gestorben, so zählt das verstorbene Kind mit“.

Die Bedeutung dieser Vorschrift ergibt sich aus folgendem Beispiel, bei dem davon ausgegangen wird, daß der Abgabepflichtige ein Vermögen von 205 000 Mark und drei Kinder hat.

Vermögen	205 000 Mark
Abgabefrei	5 000 Mark
	200 000 Mark
Kinderprivileg	15 000 Mark
	185 000 Mark

Von diesen 185 000 Mark ist auf 150 000 Mark (3 Kinder, für jedes 50 000) eine Abgabe von 10 v. H. gleich 15 000 Mark zu zahlen. Für die restlichen 35 000 Mark des abgabepflichtigen Vermögens „wird die Abgabe nach dem Satze erhoben, der sich für das gesamte abgabepflichtige Vermögen ergibt“, d. h. auf die 35 000 Mark kommt der Satz zur Anwendung, der für ein abgabepflichtiges Vermögen von 200 000 Mark vorgesehen ist. Es sind also auf 35 000 Mark 13 v. H. gleich 4550 Mark zu zahlen. Zusätzlich der bereits erwähnten 15 000 Mark beträgt die Abgabe 19 550 Mark, hingegen hätte ein Abgabepflichtiger, der das gleiche Vermögen, aber keine Kinder oder ein Kind besitzt, 26 000 Mark an Abgabe zu zahlen.

Die Zahlung der Abgabe erfolgt als Rente in der Weise, daß der Abgabebetrag zuzüglich einer am 1. Januar 1920 beginnenden Verzinsung in Höhe von 5 v. H. innerhalb dreißig Jahren in gleichmäßigen Teilbeträgen von denen der erste am 1. Oktober 1920 fällig ist, getilgt wird. Für die geschuldete Rente hat der Abgabepflichtige Sicherheit zu leisten. Der Abgabepflichtige ist berechtigt, die Rente ganz oder in Teilbeträgen abzulösen. Von diesem Recht wird zur Erparung der Zinsen voranschlägig weitgehender Gebrauch

gemacht werden. Wer bis zum 31. Dezember 1920 die Abgabe zahlt, kann überdies Kriegsanleihestücke und andere Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches in Zahlung geben, und zwar werden den Kriegsanleihezeichnern ihre 5-prozentigen Schuldverschreibungen zum Nennwerte angerechnet. Für die übrigen Eigentümer von Kriegsanleihen und für die Eigentümer sonstiger Schuldverschreibungen des Reiches werden besondere Steuerfurte festgestellt, zu denen die Werte bis zum 31. Dezember 1920 an zahlungsstatt angenommen werden.

Für die Hingabe sonstiger Vermögenswerte wird eine Anstalt mit eigener Rechtspersönlichkeit gegründet, die die Grundzüge für die Annahme von Vermögenswerten aufstellt, jedoch die Verpflichtung hat, reichsmündelsichere Wertpapiere bis zum 31. Dezember 1920 auf Grund des festgestellten Steuerfurtes anzunehmen.

An Stelle der 30-jährigen Rente kann auf Antrag des Abgabepflichtigen für den auf den Grundbesitz verhältnismäßig entfallenden Teil der Abgabe eine 50-jährige in das Grundbuch als öffentliche Last einzutragende Rente treten, die den Namen „Reichsnotzins“ führt.

Auf Verköche gegen das Gesetz sind hohe Strafen gelegt. Die Einnahme aus den Tilgungsbeträgen des Reichsnotopfers ist ausschließlich für die Abminderung der Reichsschuld zu verwenden. In dieser Bestimmung kommt das große Ziel zum Ausdruck, das sich die Reichsfinanzverwaltung mit der Erhebung des Reichsnotopfers steckt. Nur durch eine Herabminderung der Schulden des Reiches, insbesondere seiner schwebenden Verpflichtungen kann ein Gesundungsprozess herbeigeführt werden, der nicht nur für die gesamte Volkswirtschaft, sondern auch gegenüber dem Auslande, das nach dem Friedensvertrage so große Forderungen an uns stellt, von größter Wichtigkeit ist.

Deutsches Reich.

Die verlorenen Ostprovinzen.

Uebergabe an Polen am 25. Juli.

Berlin, 14. Juli.

Die interalliierten Kommissionen sind in Danzig und Thorn eingetroffen, um die Uebernahme des Landes vorzubereiten. Die Uebernahme von Thorn und Westpreußen durch Polen wird am 25. Juli erfolgen. Den Deutschen wird es nicht gestattet sein, die Ernte fortzubringen. Der Einmarsch der Polen wird am 24. Juli vor sich gehen.

Der Mord an dem französischen Sergeanten in Berlin.

Berlin, 12. Juli. (Amtlich).

Bei einem Zusammenstoß zwischen deutschen und französischen Soldaten, dessen Ursachen noch nicht ganz aufgeklärt sind, wurde, wie berichtet, in der vergangenen Nacht der französische Sergeant Paul Mannheim auf der Friedrichstraße von einem unbekanntem Manne erstochen. Der Unterstaatssekretär von Haniel hat sich sofort, nachdem er den amtlichen Bericht des Polizeipräsidenten erhalten hatte, auf die spanische Botschaft begeben, und namens der deutschen Regierung dem spanischen Geschäftsträger, der die französischen Interessen hier vertritt, das Bedauern über den Vorfall ausgesprochen. Da amtliche Beziehungen zwischen der hiesigen französischen Militärmission und dem Auswärtigen Amt nicht bestehen, konnten unmittelbare Schritte des Auswärtigen Amtes bei der französischen Militärmission nicht in Frage kommen.

Die Nachforschungen zur Aufklärung des Sachverhalts werden nachdrücklich fortgesetzt. Auf die Ergreifung des Täters ist eine Belohnung von 10 000 Mark ausgesetzt.

Vor dem Ende des Berliner Verkehrsstreiks.

Berlin, 13. Juli.

Zum Straßenbahnerstreik verlauteit von zuständiger Seite, daß die heutigen Bahnhof-Abstimmungen das Ergebnis gehabt haben, daß für morgen, Montag, neue Versammlungen der Angestellten auf den einzelnen Bahnhöfen stattfinden sollen. Auf diesen wird durch Zettelwahlen festgelegt werden, ob das Personal bereit ist, die Arbeit am Dienstag wieder aufzunehmen.

Der Vater der „Planwirtschaft“ geht.

Die Politischen Parlamentarischen Nachrichten melden: Die Krise im Reichswirtschaftsministerium ist erledigt. Nachdem Reichswirtschaftsminister Wiffell auf seinem Rücktritt beharrte und die Hamburger Genossenschaftler, denen das Amt angeboten worden war, ablehnten, wurde nochmals an den Ernährungsminister Schmidt mit der Aufforderung herangetreten, das Reichswirtschaftsamt zu übernehmen. Robert Schmidt hat jetzt das Amt angenommen. Er verwaltet das Reichsernährungsamt kommissarisch weiter.

Die Bundesstaaten und Erzbergers Finanzprogramm.

Weimar, 14. Juli.

Die Finanzminister der einzelnen Bundesstaaten weilen seit einigen Tagen in Weimar zu Besprechungen finanzieller Art. Am Sonntag trug Herr Erzberger den Finanzministern der einzelnen Bundesstaaten sein Steuer- und Finanzprogramm vor. Trotzdem sich gegen verschiedene Pläne ein scharfer Widerstand bemerkbar macht, hofft man angesichts der Notlage des Reiches, eine Einigung zustande zu bringen.

Dazu wird von W.D. noch aus Weimar gemeldet: Auf Veranlassung des Reichsfinanzministers traten hier die Finanzminister der Gliedstaaten zusammen. Auch die Staatspräsidenten bzw. Ministerpräsidenten und Gesand-

ten verschiedener Gliedstaaten sowie der Gesandte von Deutsch-Oesterreich waren zugegen. Es wurde eine Ansprache über das vom Reichsfinanzminister entwickelte Finanzprogramm verlesen, in dessen Mittelpunkt die Reichsfinanzreform steht. In Verbindung mit ihr sollen nach dem Plane der Reichsregierung mit möglicher Beschleunigung die Steuerverwaltungen der Gliedstaaten in eine einheitliche Reichsverwaltung umgewandelt werden.

Zur Einleitung des Parteitag des Deutschnationalen Volkspartei in Berlin fand am Freitag, den 11. Juli, eine Tagung des Hauptvorstandes der Partei statt, die aus allen Teilen des Reiches sehr stark besucht war. Der Parteivorstand, Staatsminister a. D. Bergt, eröffnete sie mit dem Hinweis darauf, daß die große Parole des Parteitag die Stellungnahme des Parteitag zur Friedensfrage bilde, das heißt die Anklage gegen die Regierung? die diesen Frieden unterschrieben hat, und der Ansturm gegen dies Regierungssystem überhaupt. Das geschäftsführende Vorstandsmittglied Abgeordneter Graef machte eine Reihe geschäftlicher Mitteilungen, u. a. die, daß das endgültige Parteiprogramm von einem besonderen Ausschusse festgelegt und einer für den Herbst in Aussicht genommenen Tagung des Hauptvorstandes vorgelegt werden wird. Eine sehr ausführliche Ansprache ergab sich über eine größere Anzahl von Anträgen zur völkischen Frage. Der Berichterstatter, Herr Abgeordneter von Kardorff, empfahl folgenden Antrag des Parteivorstandes und der Fraktionen der Nationalversammlung und der Preussischen Landesversammlung: „Die Deutschnationalen Volkspartei stehe auf dem Boden des deutschen Volkstums und hält es für Recht und Pflicht, dieses mit aller Entschiedenheit zum Ausdruck zu bringen. Sie macht deshalb Front gegen den unheimlichen zerlegenden Geist, der sich zum Verderben unseres Volkes seit Jahrhunderten immer stärker geltend macht. Sie erhebt Einspruch gegen, daß völkische Elemente die Führung an sich reißen und unseren Staat dem Untergang entgegenführen. Wer sich an der Wiederaufrichtung Deutschlands mitarbeiten will, ist der Partei willkommen, aber die Vorbedingung für solche Mitarbeit ist das Bekenntnis zu deutscher Denkweise und deutschem Empfinden.“

Erster Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei.

Dieser Antrag wurde, nachdem die Ansprache die völlige Einmütigkeit in der entscheidenden völkischen Bestimmung der Partei ergeben hatte, angenommen. Den Bericht über den Finanzanschluß erstattete Bankier v. d. Planitz. Ueber die Anträge zur Jugendbewegung berichtete der Hauptgeschäftsführer von Rindener-Wildau, der besonders hervorhob, die Parteileitung erhebe scharfen Einspruch gegen die ungleiche Behandlung, die der Kultusminister den Jugendverbänden je nach ihrer nationalen oder demokratisch und sozialdemokratischen Richtung angedeihen läßt. In seinem Bericht über die Anträge zur Organisation hob von Rindener-Wildau hervor, die Partei bemühe sich besonders darum, für die besetzten Gebiete Erleichterungen in der Verbindung mit dem Reich zu erlangen. Die weiteren vorliegenden Anträge wurden nach eingehender Besprechung meist dem Parteivorstand zur Berücksichtigung überwiesen. Mehrere Anträge haben Veranlassung zu einer ausführlichen Ansprache über die Haltung der Fraktion in den Tagen der Zustimmung der Nationalversammlung zur Unterzeichnung der Friedensbedingungen. Nach eingehenden Berichten der Abgeordneten D. Traub und Schulz-Bromberg über die Ereignisse in Weimar konnte der Vorsitzende feststellen, daß der Parteivorstand der Fraktion sein Vertrauen zum Ausdruck gebracht habe. Mehrere einmütige Anträge gaben dem Grafen Westarp Gelegenheit, eine Erklärung zu den Kundgebungen des Zwölfersausschusses der konservativen Partei abzugeben. Er führte aus, die Konservativen, die man von gegnerischer Seite stets mit besonderer Schuld am Kriege und Kriegsausgange zu belasten suchte, hätten es angefaßt, der Unterzeichnung des Schmachtfriedens für angebracht gehalten, mit einer Erklärung an die Öffentlichkeit zu treten, die aber in keinerlei Widerspruch zu der Haltung der Deutschnationalen Volkspartei stehe und stehen solle. Sie

forderten vielmehr die konservativen Elemente im Lande auf, ihre volle Kraft mit der und für die Deutschnationalen Volkspartei einzusetzen. Der Hauptvorstand nahm von dieser Erklärung mit allgemeiner Befriedigung Kenntnis, ebenso von den Erklärungen, die in diesem Zusammenhange Vertreter der Christlich-Sozialen und der Deutschvölkischen abgaben, die hier und da verbreitete Ansicht, ihre Parteien beständen noch, sei irrtümlich; beide Parteien seien im November v. J. in die Deutschnationalen Volkspartei eingegangen.

Tagung des Reichs-Frauenausschusses. Unter dem Vorsitz von Margarete Behm hielt der Reichs-Frauenausschuss der Deutschnationalen Volkspartei unter großer Beteiligung von Vertreterinnen der Landes-Frauenausschüsse aus dem ganzen Reich am 10. Juli in Berlin seine zweite Tagung ab. Der Gegenstand der Verhandlungen war u. a. die Mitarbeit von Arbeiterinnen in der Partei, die Jugendbewegung und die Presse. Die Beteiligung an der Ansprache war eine sehr rege. Es wurden verschiedene Kundgebungen veröffentlicht, in denen die tiefe Entrüstung der deutschnationalen Frauen über das Anstehen der Auslieferung des deutschen Kaisers und ein Protest gegen den Wechsel der Landesfarben ausgesprochen wurde. Durch alle Verhandlungen klang der tiefe Schmerz über die Lage unseres Volkes und der feste Wille, durch die Arbeit der deutschnationalen Frauen für den Wiederaufbau Deutschlands zu wirken. Die sehr stark besuchte Versammlung tagte bis nach 8 Uhr.

Ausland.

Das Vorbringen des Bolschewismus. Auf eine Frage des Prager Korrespondenten der „Neuen Freien Presse“ nach dem Zweck der tschecho-slowakischen Rüstungen nach dem Friedensschluß erklärte der Oberkommandierende der tschecho-slowakischen Armee, General Pella, es gäbe keinen ungarischen oder russischen, sondern nur einen einheitlichen Bolschewismus, dessen Ziele die gleichen seien. Versalle heute Prag oder Wien dem Bolschewismus, so nehme dieser nach Deutschland und Westeuropa seinen Weg weiter. Bei einem Angriff der Bolschewisten gegen Deutsch-Oesterreich würden große Vorräte an Wertgegenständen, Banknoten, und Munitionsfabriken in die Hände Ungarns fallen, wodurch der Bolschewismus neuerdings bedeutend gestärkt werden würde. Die wirklich gefährliche Zeit komme erst im Herbst, da ein allgemeiner Bolschewistenangriff für diese Jahreszeit vorbereitet würde.

Handelsaufnahme zwischen Deutschland und Frankreich. Das Pariser Journal Officiel wird morgen vormittag ein Dekret veröffentlichen, durch das die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland gestattet wird.

Keine Verhandlungen der Entente mit Bela Kun. Der Oberste Rat der Alliierten beschloß, Bela Kun einen Funkspruch zu übermitteln, daß, solange Ungarn die Bedingungen des Waffenstillstandes nicht erfüllt, die Alliierten in keine Verhandlungen mit ihm eintreten könnten.

Nach einer Wittermeldung aus Bukarest verlautet, daß General Brandet von der Friedenskonferenz die weitestgehenden Vollmachten zum Vorgehen gegen Sowjet-Ungarn erhalten habe. Brandet werde an die Budapest Regierung eine letzte Mahnung richten mit der Aufforderung, sofort abzuhauen und einer vom Volke freigewählten Regierung Platz zu machen. Die Note werde kurz befristet sein, und sollte ihr nicht entsprochen werden, würde die militärische Aktion gegen Ungarn sofort aufgenommen werden.

Tschechen-Rüstungen an der bayerischen Grenze.

Der „Neue Tag“ meldet, daß die Tschechen an der bayerischen Grenze ausgedehnte militärische Vorkehrungen treffen. Im Raume von Neumarkt bis Eichenstein, sowie im Raume von Friedberg bis Kuschwarda wurden die tschecho-slowakischen Besatzungen bedeutend verstärkt. Am Zwiesel bauten die tschechischen Truppen 24-Zentimeter-Haubitzen ein. In Wallern, Salnau und Oberplan sind die Maschinen-gewehrabteilungen bedeutend verstärkt worden und Schießbedarf und Schanzzeug dort angelangt. In Schwarzbach und Oberplan wurden die Soldats mit Spaten zum Aufwerfen von Schützengraben ausgerüstet. — alles, weil man angeblich einen Angriff aus Wapern befürchtet, wo letzthin eine starke Strömung für die Erhaltung des Böhmer Waldes für das Deutschtum sich geltend gemacht habe.

Zum Tode verurteilte Jungtürken.

Konstantinopel, 15. Juli. Das Kriegsgericht verurteilte Zalaat Pascha, Enver Pascha und Djemal Pascha in contumaciam zum Tode, und Mustafa Kiamim Effendi, ehemaligen Scheik ul Islam, und den früheren Finanzminister David Bey zu fünfzehn Jahren Zwangsarbeit. Die anderen Angeklagten wurden freigesprochen.

Dieses Urteil ist natürlich unter dem Zwang der Entente zustande gekommen und bezweckt, den Einfluß der deutsch-freundlichen Jungtürken für immer auszuschalten.

Der Befehl zur Aufhebung der Blockade.

Versailles, 12. Juli. Ministerpräsident Clemenceau hat eine Note folgenden Inhalts an den Präsidenten der deutschen Friedensdelegation gerichtet:

Sie haben mir durch Note vom 10. Juli mitgeteilt, daß der Präsident des Deutschen Reiches („reich allermann“) am 9. Juli nach Zustimmung der gezeichneten Verhandlungen die Ratifikation des am 26. Juni gezeichneten Friedensvertrages, des angehängten Protokolls und des Abkommens betreffend die militärische Besetzung der Rheinlande, die am selben Tage unterzeichnet wurden, vollzogen hat. Die Ratifikationsurkunde ist in einmaliger Ausfertigung heute im Generalsekretariat der Friedens-Konferenz niedergelegt worden.

Ich habe die Ehre, Ihnen mitzuteilen, daß die Alliierten und Assoziierten Regierungen Kenntnis davon genommen haben, daß die ordnungsmäßige und vollständige Ratifizierung des Friedensvertrages durch die Deutsche Republik ihnen offiziell notifiziert wurde. Es ist infolgedessen Befehl gegeben worden, die Blockade Deutschlands vom 12. Juli ab aufzuheben.

Aus Paris meldet Reuter amtlich: Die Handelszensur für Deutschland ist zugleich mit der Blockade aufgehoben worden. Mit den neutralen Ländern sind Verhandlungen im Gange, um deren sofortige Einstellung zur Aufhebung der mit den assoziierten Mächten abgeschlossenen Blockadeabkommen zu erlangen.

Unstimmigkeiten zwischen Italien und den übrigen Alliierten.

Das „Neue Wiener Abendblatt“ veröffentlicht ein Gespräch eines Mitarbeiters mit einem Diplomaten, in dem dieser betonte, daß die Verzögerung des Friedens von S. Germain hauptsächlich auf Unstimmigkeiten zurückzuführen sei, die zwischen den Alliierten und Italien bestanden.

Italien sei entschlossen, den Vertrag von St. Germain nicht zu unterfertigen, solange ihm die Ingebrigkeit dieses in diesem Friedensvertrage nicht in ungewöhnlicher Form zugesprochen werde. Italien sei bereit, außer Jara Lissa und Sebenico das an die Küste Dalmatiens angrenzende Landgebiet Südlamien zu überlassen. Italien werde sich aber niemals bereit finden, in der Frage Fiumes nachzugeben. In der Frage Südtirols könne Italien an den bereits endgültig feststehenden Beschlüssen vorerst nichts mehr ändern.

Beilegung des Konfliktes zwischen Ungarn und Deutsch-Oesterreich.

Wien, 13. Juli. (Korr.-Bur.) Der ungarische Volksbeauftragte Agoston hat am 12. des nach Budapest berufenen Gesandten Czobel in den letzten Tagen mit Staatssekretär Bauer verhandelt, wobei eine grundsätzliche Übereinstimmung über die Beilegung des Konfliktes zwischen den beiden Regierungen ergeben hat.

Englische Agitation in Deutschland.

Auf Veranlassung der englischen Besatzungsbehörde werden z. B. in Köln folgende Schriften vertrieben: 1. „Schuld der deutschen Regierung am Kriege“ (Widomsky, Meine London Mission). — Die Dokumente Dr. Müllers, Preis 50 Cent, gedruckt in Paris. 2. „Der Antisemitismus in Deutschland“, von Rael Cohen, gedruckt in London bei William Clowes and Sons, Fernau. „Gerade weil ich Deutscher bin“, 4. „Der Hungerkrieg hat angefangen“ von E. Zurlinden, London. Diese Schriften werden unter Selbstkostenpreis von der englischen Besatzungsbehörde den Buch- und Zeitungshändlern zum Weiterverkauf überlassen und finden leider auch Absatz, inwieweit die zuletzt genannte Schrift versucht in niederträchtiger Weise den Nachweis zu fördern, daß Deutschland an der Hungersblockade die Schuld trägt und damit angefangen hat.

Berliner Gelehrte gegen den Schand-Besichtshof.

Berliner Blätter bringen einen Aufruf deutscher Hochschullehrer zum Einspruch gegen die unerhörte Schandurteile, welche unsere Feinde unserem Volke antun wollen, indem sie die Auslieferung und Aburteilung des Kaisers und anderer besten Männer durch ein parteiisches, von Haß und Rachsucht eingelegtes Gericht verlangten. Diese Forderungen seien so schamlos, daß sie unter der heuchlerischen Maske der Gerechtigkeit erhoben werde.

Die Unterzeichner erklären feierlich, daß sie, wenn Erfüllung dieser Forderung erzwungen werden sollte, mit vollster Verachtung von den Nationen abwendeten, denen sich die fittlichen Kräfte nicht fänden, dieses verwerfliche Schauspiel zu unterdrücken, und alles daran setzten würden, um diese Bestimmung auf Rinder und Rindenskind zu vererben und in der deutschen Nation dauernd lebendig zu erhalten.

Schleichendes Gift.

Roman von Reinhold Ortmann.

„Na, und was soll nun werden? — Kennen Sie denn Ihrer Frau nicht irgend ein Märchen erzählen — irgend was sagen?“

„Halten Sie mich für einen Narren? — Natürlich habe ich ihr einzureden versucht, daß die Papiere nichts bemerken. Was mir im Augenblick einfallen wollte, habe ich ihr gesagt. Es mag viel Unfug dabei gewesen sein — aber darauf kommt es ja auch nicht an. Jetzt müssen wir es uns nur bis in die letzten Einzelheiten überlegen, was wir zu sagen haben.“

Der Entpöcker zog die Brauen hoch. Und in gut gespielter Veräppelungsart entgegnete er: „Wir? — Ja erlauben Sie mal — was habe ich denn damit zu tun?“

„Wie können Sie das fragen? — Sie müssen mich rufen — Sie allein können mich retten! — Ich habe meiner Frau sofort erklärt, daß Sie mir alles bezeugen können. Sie müssen mir bezeugen, daß es meine Erfindung gewesen ist, und Sie werden auch erklären.“

„Galt, werblicher — einen Augenblick, bitte! — Sie sprechen da fortgesetzt von „müssen“ und „werden“. Aber damit wir uns nicht erst in zwecklosen Auseinandersetzungen aufregen: Ich denke gar nicht daran, irgend etwas zu bezeugen und zu erklären. Sehen Sie zu, wie Sie sich aus der Affäre ziehen — Ich werde Ihnen nicht in den Rücken fallen — aber was Sie mir da zumuten, davon kann gar nicht die Rede sein! Wie sollte ich denn dazu kommen? — Was in aller Welt sollte mich veranlassen, Ihnen zuliebe das Blaue vom Himmel zu sagen?“

Hermann Romboldt hatte ihn angehört, als vermöchte er es nicht sogleich zu fassen, was ihm da in der brutalsten Art gesagt wurde. Dann aber fuhr er auf: „Was Sie dazu veranlassen soll? — Haben Sie denn

niemals jahrelang auf meine Kosten gelebt? — Haben Sie das Geld nicht zum Fenster hinausgeworfen, das ich mir hart habe erarbeiten müssen? — Sie haben aus der Erfindung Nutzen gezogen so gut wie ich — und Sie können mich fragen, was Sie veranlassen soll, mich zu retten?“

„Aus Dankbarkeit am Ende? — Sollten Sie wirklich nicht genug sein, etwas Nehrliches zu erwarten?“

Es stimmerte Hermann Romboldt vor den Augen, und die unheimlichste Wut zog seine Glieder im Krampf zusammen. Aber er wußte ja, daß der Mensch da vor ihm ihn in der Hand hatte — daß er ihm ausgeliefert war auf Gnade und Ungnade. Und wie leidenschaftlich es ihn auch danach verlangte mochte, ihm seinen Haß und seine Verachtung ins Gesicht zu schreiben: solange er noch eine Hoffnung sah, ihn zu gewinnen, mußte er sich beherrschen.

„Wenn nicht aus Dankbarkeit, so doch aus Klugheit. Und ich verlange ja nichts umsonst. Ich bin bereit, es Ihnen so hoch zu bezahlen, wie Sie nur immer verlangen können. Hunderttausend sollen Sie auf der Stelle haben — so viel, wie Sie brauchen — aber Sie dürfen mich nicht im Stich lassen!“

Rast und unheimlich sah ihn Paul Lesmar an, und ein Zug graubraunen Hohnes war jetzt um seinen sinnlichen Mund.

„Dafür also halten Sie mich? Für einen Menschen, von dem man für Geld alles haben kann — selbst einen kleinen Meinetz, wenn es darauf ankommt. Und Sie glauben im Ernst, ich würde auch nur einen Finger rühren für Sie? Für Sie, der mich seinen Hochmut nicht stark genug hat empfinden lassen können? Was habe ich denn anderes von Ihnen erfahren, als die niederträchtigste Behandlung! Wann hätten Sie mir jemals einen Beweis von Freundschaft oder auch nur von Achtung gegeben! Sie haben mein Schweigen erkaufte — und da ich geschwiegen habe, ist das Geschäft ausgefallen. Wie Sie sich jetzt herauswinden, das ist Ihre Sache und geht mich nicht das geringste an.“

Machen Sie, was Sie wollen, aber lassen Sie mich in Ruhe!“

Paul Lesmar warnte sich brüst ab und trat aus Fenster, als sei er wirklich nicht willens, auch nur noch ein Wort zu verlieren. Schwer atmend sah Hermann Romboldt auf seinem Stuhl, und in seinen Augen entzündete sich mächtig ein irres Glühen.

„Wenn Sie mir nicht beistehen wollen, so verlieren doch auch Sie Ihre Erlöse.“

„Wer sagt Ihnen das? Wie dürfen Sie sich herausnehmen, etwas Derartiges zu behaupten? Ich habe ganz gut existiert, noch ehe ich das zweifelhafte Vergnügen Ihrer Bekanntschaft hatte. Und ich war ohnehin drauf und dran, Ihnen den Krampel vor die Füße zu werfen. Weil es mir seit langem nicht mehr paßte, was Sie sich gegen mich herausnahmen.“

„Was habe ich mir denn gegen Sie herausgenommen? — Sie sind der häufigste Gast in meinem Hause gewesen — und ich habe für Sie getan, was Sie nur immer verlangten.“

„Das ist nicht wahr! Glauben Sie denn wirklich, ich wäre so unempfindlich oder so naiv gewesen, die Beachtung nicht zu fühlen, die Sie gegen mich hatten? — Sie haben mir das, was Sie mir notgedrungen geben mußten, hingeworfen, wie man einem Hunde die Knochen vorwirft. Und wenn Sie in der letzten Zeit etwas bösser geworden sind, so war es doch nur, weil der Zeitungartikel Ihnen einen heilsamen Schrecken eingejagt hatte!“

„Einen heilsamen Schrecken!“ Heiser, gewürgt kam es über die blutleeren Lippen. „Wissen Sie, was dieser verfluchte Artikel aus mir gemacht hat? Wissen Sie, was mein Leben seitdem gewesen ist? — Geheißt — geheißt bin ich worden, wie noch nie ein Mensch — — Wenn ich ihn hätte — wenn ich es wüßte, wer mir das getan hat —!“

Er verstummte, aber wie Fiebersehauer schüttelte es seinen Körper. Paul Lesmar hatte sich ihm bei den letzten Worten wieder zugewandt. Aus halb zugekniffenen Augen sah er ihn an.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Stadt und Land.

Ab 8 Lin, den 14 Juli 1919.

Zum 15. Juli: Sonnenaufgang 8,56. — Sonnenuntergang 8,15. — Mondaufgang 8,50. — Monduntergang 6,33.

Wetter:

Zunächst wärmer, ziemlich heiter, Südwinde, nachher leichte Regenfälle.

— Neuer Provinzial-Schulrat. An Stelle des Geh. Regierungsrats Dr. Friedel, der gesundheitshalber zum 1. Oktober in den Ruhestand tritt, ist Generalmajor Dr. Brodige aus Embden zum Provinzial-Schulrat in Pommern ernannt worden.

— Von unseren Lichtspielern. In den Kammerlichtspielen gelangt jetzt der zweite Teil des großen indischen Romans, die „Die Liebingsfrau des Maharadscha“ zur Aufführung, der vollständig in sich abgeschlossen ist, sodass die Besucher, die den ersten Teil nicht gesehen haben, keinen Schaden erleiden. Wie schon der erste Teil, so zeichnet sich der zweite Teil des Stückes durch eine gute Handlung und schönes Spiel der Hauptpersonen aus. Dieses Stück ist wohl eines der besten, die unsere Filmindustrie hervorgebracht hat. Nicht die übliche Fabel und immer nach einem Schema zugeschnittene Handlung findet man hier, sondern eine sinnreiche und mit Konflikten gesättigte. In diesem Stück drallen drei Leidenschaften, die Volkswut gegen die weiße Königin, die Liebe des Maharadscha und die des auswärtigen Finanzbeirates, aufeinander und schaffen einen ungeheuren Konflikt, der wie ein gewaltiger Klotz erst durch den Maharadscha fällt und dann durch einen alten Heiligen richtig gelöst wird. Die Träger der beiden Hauptrollen, Gunnar Polnäs und Lily Jacobson, lösen ihre Aufgabe in vollendeter Weise. Meisterhaft hat es der Regisseur verstanden, die großen Massen Szenen wirkungsvoll zu gestalten. Kurz gesagt, der Film ist ein Prachtwerk und der Besuch kann bestens empfohlen werden.

— „Alt-Heidelberg“ gelangte am Sonnabend als letztes Gastspiel der Vereinigung erster Danziger Stadt-Theatermitglieder zur Aufführung. Nicht unangenehm machte sich der Mangel einer geeigneten Bühne und vor allem einer geeigneten Einrichtung bemerkbar. Das Bild, das besonders das Arbeitszimmer des Erbprinzen darstellen sollte, war nicht gerade erfreulich. Nicht annehmbar dürfte das im ersten Aufzuge laute Souffrieren. Auch schien es, dass in diesem Akt die Schauspieler unsicher waren. In den weiteren Aufzügen verschwand diese lächerliche Erscheinung. In sehr guten Händen lag die Rolle des Erbprinzen Karl-Heinrich bei Herrn Neuhaus. Auch Heinz Perino verstand es, dem Kammerdiener aus einer guten Charakteristik zu geben. Grifa Fels bemühte sich nach Kräften die Rolle der Königin die richtige Färbung zu geben. Wollig verunglückt war Doktor Pittner (Gustav Forb.) Man glaube eher einen Komiker vor sich zu haben als einen alten, lebensfrohen Doktor der Wissenschaften.

— Streiklage in Köslin. Das Streikfever hat nun auch Köslin ergriffen. Infolge des Streiks der Metallarbeiter ruhte am Sonntag der Betrieb der Stadt- und Strandbahn, was für den Badeverkehr einen empfindlichen Ausfall bedeutet. Auch am heutigen Montag ist der Betrieb noch nicht wieder aufgenommen, sodass auch der Berufsverkehr in Mitleidenschaft gezogen ist. Das am Sonnabend von Seiten der Arbeitgeber gemachte Angebot an die Metallarbeiter läuft am Dienstagabend ab; Verhandlungen darüber sind bis jetzt noch nicht eingeleitet. Die Verhandlungen der hiesigen Arbeitnehmer bewegen sich in einer geradezu unsinnigen Höhe. — Wie wir hören, ist auch in den Kreisen der kaufmännischen Angestellten, namentlich der weiblichen, eine gewisse Bewegung vorhanden, die auf Erzielung besserer Lohnverhältnisse gerichtet ist.

— Die Preise für Frühkartoffeln sind mit Zustimmung der Reichs-Kartoffelstelle für den Umfang der Provinz Pommern vom 1. bis einschließlich 20. Juli auf 11 Mark und vom 21. bis einschließlich 31. Juli auf 10 Mark je Zentner festgesetzt worden. — Die Preise für die Zeit vom 1. August ab heben noch nicht fest und werden seinerzeit bekanntgemacht werden.

— Die ersten Kriegesangenen sind am vergangenen Sonnabend hier eingetroffen. Die „Ariete“ hat infolge dessen ihre Tätigkeit auf dem hiesigen Bahnhof aufgenommen.

— Schwere Einbruchdiebstahl. Etwa 40 000 Mark in Barm und Wertpapieren wurden in der Nacht vom Sonntag auf Montag in der Kreis-Kommunalkasse geraubt. Die Diebe haben die Kasse durchschlagen und den Geldschrank erbrochen. Von den Tätern fehlt bis jetzt jede Spur.

— Geschloßen wurde einem gewissen K. in den Neuter-Vorstadt-Ausbautein ein Pferdegeschirr im Werte von zweihundert Mark. — Ein Paar Schafstiele wurden dem zweiten Bürgermeister Wolf aus der Votenkammer entwendet.

Deutscher Handwerkerkongress

Der am Sonntag, 13. Juli, in Belgard abgehaltene pommerische Handwerkerkongress war von allen Städten durch Abordnungen reichlich vertreten. Die Eröffnungsrede des Provinzialvorstands land stürmischen Beifall; Der Redner führte vor Augen, wie das Handwerk durch mangelnde Gesetze und Bestimmungen in den Hintergrund gedrängt werden soll. Dank der Organisation der deutschen Handwerker, die sich jetzt über ganz Deutschland ausbreiten, wird es dem Handwerk gelingen, seine Rechte zu wahren. Der Bundesvorsitzende Voigt-Friedenau gab in längerer Ausführung Anhaltspunkte zum Schutz des Handwerks. Auch wurde als Fortbildungsschulwesen besprochen; die Flugblätter, welche von den Berliner Lehrlingen veröffentlicht worden sind, erzeugten reize Vorfälle. Es erübrigte sich, die lächerlichen Behauptungen in die Öffentlichkeit zu bringen, da solche Mithilfe aller Vertreter der Städte. Es wurden Anträge von der Stadt Köslin und Leuch eingereicht, zwecks Aufhebung der Kriegesgesellschaften und gerechte Verteilung von Rohstoffen und Materialien. Die Versammlung verfasste Protestschreiben und bearbeitete den Vorband, des Deutschen Handwerkerbundes, so daß persönlich beim Kriegsministerium vorstellig zu werden. Auch war der Vertreter des Deutschen Technikerbundes, Berlin, anwesend, der den Wunsch äußerte, bei Wahlen gemeinsam zu arbeiten, was von den Handwerkern begrüßt wurde. Mit einem Votum auf das deutsche Handwerk wurde die Versammlung nachmittags geschlossen.

Aufhebung des Bezugssteuers

Wolffs Telegraphen-Bureau teilt mit: Im Kabinett ist beschlossen worden, die im Besitz des Reichs befindlichen Textilrohstoffe und Fertigfabrikate schleunigst auszuliefern und die Waren teils dem freien Handel zuzuführen, teils die notleidende Bevölkerung damit zu versorgen. Ein Reichsausschuß für die bürgerliche Bevölkerung kommt, wie gemeldet, unrichtigen Pressenmeldungen festzustellen ist, bei der gesamten Reichsfinanzlage nicht in Frage. Dagegen wird das Reich die Reichs-Textil-A.-G. anweisen, für dreihundert Millionen Mark preiswerter Textilien für rückkehrende Krieger, Mindestdarstellung und so weiter neu zu beschaffen. Dieser Betrag reicht für eine durchgehende allgemeine Versorgung nicht aus; wird aber damit gerechnet, daß die Bevölkerung sich noch an dem Wert einstellen kann.

Die Reichs-Textil-A.-G. soll in Kürze liquidiert werden, während die Reichsbeleihungstelle nach der in den nächsten Tagen bevorstehenden Aufhebung des Bezugssteuers ihre Tätigkeit auf die Textil-Rohstoffversorgung beschränkt.

Kriegesheimstätten.

In einer hart besetzten Versammlung, der kleine Saal der Wälder-Bestände war bis auf den letzten Platz gefüllt, sprach am Sonnabend abend Architekt R. Kanger über „Wohnungsnot und Angelegenen-Heimstätten“. Der Redner gab ein treffendes Bild von der zur Zeit in unserem ganzen Vaterlande, besonders aber auch in unserer Vaterstadt Köslin herrschenden Wohnungsnot. Reich, Staat und Gemeinde seien bekümmert dem Weibel zu neuern. Leider habe das bisher Erreichte in keinem Verhältnis zu dem Mangel an Wohnungen. In unserer Stadt fehlen rund 600 Wohnungen. Dieser Mangel würde noch weiter in die Höhe gehen, wenn erst die Flüchtlinge aus den abgetretenen Ostprovinzen in größerer Zahl eintreffen würden.

Auch die Angelegenen-Heimstätten leiden schwer an dem Mangel gefundener und ausreichender Wohnungen. Deshalb müßte sie zur Selbsthilfe greifen und mit Hilfe der Bevölkerung zu schaffen. Aus diesem Grunde sei die Angelegenen-Heimstätten-Gesellschaft ins Leben gerufen worden. Redner wünschte der Genossenschaft ein jegliches Wirken im Interesse der gesamten Kösliner Angelegenen-Heimstätten-Gesellschaft. Er schloß seine Rede mit einem reichhaltigen Material unterstützender Ausführungen mit einem die Dankbarkeit zeugnenden Satz. In der Ansprache gab Architekt Buchholz-Stolz, der mit der Ausführung der Bauten der dortigen Angelegenen-Heimstätten-Gesellschaft beauftragt ist, ein interessantes Bild von den für Stolz geplanten Bauten. Dort ist man bereits soweit, daß man in zwei bis drei Wochen mit dem Bau beginnen kann. Es werden zunächst 57 Einfamilienhäuser zu 3 bis 4 Zimmern nebst Zubehör und Garten errichtet. Es ist die Bestmögliche vorgesehen. Die Stadt Stolz ist der Genossenschaft in der weitesten Weise entgegengekommen durch Abtretung von Gelände und Beleihung der Stelung bis zu 90 Prozent. Hoffen wir, daß unsere Stadtverwaltung ein gleiches soziales Verständnis betätigt, damit wir nicht wieder anderen Städten nachhinken. Der anwesende Vertreter der hiesigen Regierung, Regierungs- und Bauamt-Drescher, gab verschiedentlich aufklärende Erläuterungen. Er sagte der jungen Genossenschaft die weitgehende Unterstützung der Regierung zu. Die Regierung werde alles in ihren Kräften stehende tun, damit es schnell möglich werde, Angelegenen-Heimstätten zu errichten. Leider war von der Stadtverwaltung, trotz ergangener Einladung, ein Vertreter nicht erschienen. Zur Ehre unserer Stadtverwaltung wollen wir annehmen, daß ihr das soziale Verständnis für die für unsere Volkswohlfahrt so wichtige Schaffung guter geheimer Wohnungen nicht abgeht, sondern daß andere Gründe den städtischen Vertreter am Erscheinen verhindert haben. Wir sind der Ansicht, in anderen Städten ist es auch offen von den städtischen Körperschaften ausgesprochen worden, daß jede Stadtverwaltung es mit Freude begrüßen muß, wenn sich Personen und Genossenschaften bereit finden, mitzuhelfen und mitzuarbeiten an der nicht zu bekämpfenden Wohnungsnot. Warum sollte es in dieser Frage bei uns anders sein, wie an anderen Orten! — Das zur Verlesung gelangende Genossenschaftsstatut wurde einstimmig genehmigt. Nach Aufforderung zum Beitritt, der eine Reihe der Anwesenden nachkam, sodas mit den bereits vorher erfolgten Anmeldungen, eine genügende Genossenschaft erreicht ist, wurde zur Vorstands- und Aufsichtsratswahl geschritten. Die Wahlen gingen glatt von statten und die Gewählten nahmen an, sodas in den nächsten Tagen die Eintragung ins Genossenschaftsregister beantragt werden kann. Nachdem noch die Baupläne der Stölper Genossenschaft in der Versammlung die Runde gemacht und allseitigen Beifall gefunden hatten, wurde die Versammlung mit dem Bunde geschlossen, daß es der neugegründeten Angelegenen-Heimstätten-Genossenschaft möglich werden möge, den Angelegenen reich bald in Köslin gesunde, gute Wohnungen zu schaffen. Wenn alle Stellen, Reich, Staat, Gemeinde und Genossenschaft, hierzu den reiblichen Willen haben, dann wird und muß es gelingen. Wo ein Wille, da ist ein Weg!

Der Aufbau der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge.

Der Krieg hat dem deutschen Volke eine so verwirrende Fülle von Organisationen beschert, daß es für den Einzelnen nicht leicht ist, sich das Wesentliche und Bleibende aus all diesen Erscheinungen einzuprägen. Zu den bedeutungsvollsten und dauernden Gestaltungen gehört die Organisation der sozialen Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, wie sie durch die Verordnung vom 8. Februar 1919 geschaffen worden ist. Diese Verordnung überträgt im Anschluß an die freiwilligen Bildungen, die sich im Laufe des Krieges entwickelt hatten, die soziale Fürsorge für die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen dem Reichsausschuß der Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge, der dem Reichsarbeitsministerium angegliedert ist, den Hauptfürsorgestellen, die von den Bundesstaaten eingerichtet sind, und die in Preußen mit den Provinzialverwaltungen verbunden sind, und den Fürsorgestellen, die für die Bezirke der unteren Verwaltungsbehörden, in Preußen also regelmäßig für die Stadt- und Landkreise, eingerichtet werden. Allen diesen Stellen ist gemeinsam, daß die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen selbst an ihrer Verwaltung hervorragend beteiligt sind. Die Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenen, die die soziale Fürsorge in Anspruch nehmen wollen, tun am besten, wenn sie sich an die Fürsorgestellen ihres Heimatbezirks (Landratsamt, Bezirksamt, Magistrat, Stadtrat) wenden.

Die Auflösung des Heeres u. die Kriegsbeschädigten.

Bekanntlich ist die Auflösung des alten Heeres mit dem 31. Mai 1919 vollzogen worden. Dabei sind besondere Maßnahmen getroffen worden, um die Kriegsbeschädigten, die sich noch im alten Heere befinden, in ihren Versorgungsansprüchen zu schützen. Wenn sie entlassen werden, ehe die Versorgung durchgeführt ist, erhalten sie von ihrer Entlassung an Gehaltsansprüche wie ein Beurlaubter. Sie müssen sich nur damit einverstanden erklären, daß ihnen diese Gehaltsansprüche auf ihre künftige Versorgung angerechnet werden. Wenn sie arbeitsfähig sind und keine Arbeit finden können, steht ihnen neben diesen Gehaltsansprüchen die Erwerbslosenunterstützung in dem erforderlichen Umfange zu. Sind die Kriegsbeschädigten aber so schwer verletzt, daß sie für Arbeit und für die Erwerbslosenunterstützung nicht mehr in Frage kommen, so sind die amtlichen Stellen der sozialen Kriegsbeschädigtenfürsorge ermächtigt, ihnen im Falle dringenden Bedürfnisses Unterstützungen zu gewähren. Auch in diesem Falle müssen sich allerdings die Kriegsbeschädigten damit einverstanden erklären, daß die Unterstützung späterhin auf die Versorgungsansprüche angerechnet wird.

Schüler in der Reichswehr.

Das Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung hat unter dem 28. Juni 1919 folgende Verfügung erlassen: Der Runderlass vom 19. April 1919 über die Vergünstigungen, die denjenigen jungen Leuten, die dem Grenzschutz Ost oder dem Landesjägerskorps angehören, zuzubilligen sind, ist auch auf alle diejenigen Schüler höherer Lehranstalten und Kriegsteilnehmer anzuwenden, die den Reichswehrverbänden, den Freikorps des Grenzschutzes Ost oder der Garde-Kavallerie-Schützenbataillon beigetreten sind oder noch betreten. Ein weiterer Erlass des Kultusministers an die Provinzialkollegien (außer Koblenz und Posen) und die neunmündigen höheren Lehranstalten für die männliche Jugend im unbesetzten Gebiet der Provinz Posen und der Rheinprovinz bestimmt folgendes: Schüler höherer Lehranstalten, deren Schulbesuch durch den Eintritt in den Grenzschutz Ost, in die Freikorps des Grenzschutzes Ost oder in die Reichswehrverbände unterbrochen worden ist, sollen durch ihre Teilnahme am Heeresdienst keinen Nachteil erleiden. Im Anschluß an frühere Erlasse genehmige ich daher, daß Schüler, die ihrem Direktor den Nachweis über die Erfüllung der vorgeschriebenen Bedingungen vorbringen, zu den für Kriegsteilnehmer eingerichteten Sonderlehrgängen zugelassen werden. Sobald die durch die Teilnahme am Heeresdienst entstandenen Lücken ausgefüllt sind, haben sie wieder am regelrechten Unterricht teilzunehmen und zur gegebenen Zeit die Reifeprüfung abzulegen, bei der auf die Unterbrechung des Schulbesuchs gebührende Rücksicht zu nehmen ist. Ein Zeitgewinn in der Erlangung des Reife- oder Verleihungs-Zeugnisses soll durch die Teilnahme am Sonderlehrgang nicht entfallen.

Was bringt uns der Friede.

Der Friede ist geschlossen, Erzbergers Werk vollendet, unsere Ostmark verraten, unsere Ehre zertrümmert, unser Heer zertrümmert, unsere Volkswirtschaft so gut wie vernichtet! Doch viele, leider sehr viele denken: Was kümmert uns unsere Ehre, die macht uns nicht satt; was kümmert uns das Elend im Osten, da für uns wieder bessere Zeiten androgen! Und wie steht es in Wirklichkeit aus? Werden wir endlich alle trüblichen Hoffnungen bei Seite und schauen wir der Wahrheit offen ins Auge. Nicht bessere Zeiten werden kommen, sondern jetzt erst beginnt das wirkliche Elend für das deutsche Volk. Nichts bessert sich vorläufig! Die feindliche Besetzung unserer besten Provinzen dauert fort, unsere Gefangenen werden unter nichtigen Vorwänden weiter festgehalten, unsere Ernährung wird durch Abgabe von Vieh und Verlust der Ostprovinzen gerade zur Erntezeit noch viel schlechter, unser Transportwesen aus Kohlenmangel und Auslieferung der Flussflöße und die ständigen Verkehrsstreiks noch unerträglich. Alle Preise steigen weiter, während es für die Regierung höchste Zeit war, unzulässigen Lohnforderungen mit energigem „Nein“ entgegenzutreten, wollten wir nicht rettungslos dem Bankrott zutreiben. Arbeitslosigkeit in noch niemals dagewesenen Umfange reißt ein, Tausende von Flüchtlingen heuern die jetzt schon unerträglichste Wohnungsnot. Mit ganzer Schwere jetzt das Unglück erst nach Abtreibung der Ostmark ein. Auch darüber dürfen wir uns keinen Täuschungen hingeben, daß die von der Entente zugesagten Abtretungen in einzelnen Gebieten unter Aufsicht der Entente und nach Abschluß aller Besatzungen eine Komödie sind, um vor der Welt das moralische Recht des Siegers zu erweitern. Und das deutsche Volk in seiner großen Masse will das alles nicht sehen; es tanzt, streift, träumt von internationaler Verbündung, rüßt sich zum Bürgerkrieg und tut alles, um sich anderen verächtlich zu machen und den Wunsch nach Völschung in den verdröhnten Gebieten zu stärken, anstatt zu arbeiten und alle Kräfte zur Abführung seiner Prüfungszeit zusammenzufassen, denn nicht nur die Menschen, auch die Völker, sind ihres Glückes Schmied!

— n. Janow. Das Schaus und Betturnen des hiesigen Turnvereins nahm unter reager Teilnahme von Turnern und Beobachtern am Sonntag einen wohlgegangenen Verlauf. Die allgemeinen Freilübungen, gemeinsam von Turnerninnen und Turnern unter der Leitung des Turnwarts Turban ausgeführt, boten ein schönes turnerisches Bild und klappten trefflich. Bei dem Kürturnen zeigten die Turner ihre Gewandtheit am Red, Barren und Pferd. Aus dem Hümpfampf der Turner über 17 Jahre gingen als Sieger hervor Willi Schröder-Köslin (76 P.), Otto Jenke-Köslin (74 P.), H. Albrecht-Janow (74 P.), Ulrich Schafe-Schlave (72 P.), Willi Rehlaff-Janow (71 P.), Konrad Kleinert-Köslin (67 P.), Willi Krüger-Janow (66 P.). Die vier ersten Preise fielen an Schläger-Turner. Von den Jugendturnern unter 17 Jahren waren die Besten: Franz Sietlaff-Schlave (87 P.), Franz Schwarz-Köslin (85 P.), Erwin Stäme-Schlave (78 P.), Willy Drever-Köslin (76 P.), Max Mahler-Köslin (74 P.), Georg Köster-Köslin (74 P.), Max Schmidt-Janow (74 P.), Johannes Zander-Köslin (69 P.), Hans Jablonski-Köslin (69 P.), Franz Bierfant-Köslin (69 P.), Otto Dumke-Köslin (69 P.) und Reihh. Pomplun-Janow (67 P.). Von den Turnern gingen aus dem Wettkampf als Siegerin hervor: Elfriede Köppl-Köslin (68 P.), Gretel Mary-Köslin (65 P.), Elfe Strödenwits-Köslin (64 P.), Toni Reinke-Köslin (63 P.), Frieda Postle-Janow (60 P.), Margarete Kalbe-Janow (54 P.), Erna Anders-Köslin (55 P.), Ella Sauerbering-Köslin (49 P.) und Anna Kufferow-Janow (49 P.). Nach Verkündigung der Sieger wurde vom Turnplatz gemeinsam unter dem Klang von Turnersiedlern zur Stadt marschiert. Eine kleine Festlichkeit im Vereinslokale Pomplun hielt Turner und Turnerinnen noch einige Stunden in gemühtlichem Kreise beisammen.

— Vordamm. Bei dem Förker Manke befindet sich ein Pubhahn, der schon seit 14 Tagen Hühner- und Entener brütet.

Volkswirtschaft

Landwirtschaftliche Zentraldarlehnskasse für Deutschland. In der Hauptversammlung betonte der Generaldirektor, die Aufgabe der Zentraldarlehnskasse bleibe, die Kreditbasis für die ländliche Bevölkerung zu bilden. Diese Aufgabe werde stetig und zweifellos erfüllen können, da sie sich in den letzten Jahren durch große Rücklagen und Abschreibungen eine feste Grundlage geschaffen hat. Der Besitz der Kasse an Kriegsanleihen ist durch Zuzuführen der außerordentlichen Kriegesreserve und Desfrederefonds mit zusammen einer Million Mark auf einen sehr tiefen Kurs abgeschrieben worden. Die nächste unmittelbare Folge des Friedensschlusses für die Kasse ist der Verlust der Filiale Straßburg mit den ihr angeschlossenen elsass-lothringischen Genossenschaften. Die elsass-lothringischen Filialen haben bei der Kasse ein Guthaben von 70 Millionen Mark, sind im Besitz von 200 000 Mark Aktien der Kasse und haben Ansprüche aus der Sanierung mit 300 000 Mark. Die Kasse selbst besitzt in Straßburg ein Verwaltungsgebäude und in Elsass-Lothringen eine große Anzahl Lagerhäuser. Durch Liquidierung dieser Liegenschaften wird man natürlich einen Ausgleich herbeizuführen suchen. Die Kasse würde in ihren Ansprüchen auf das Reich angewiesen sein. Zweifelloos werde eine Einlösung der Aktien und eine Rückzahlung der Sanierungsansprüche rechtlich in keiner Weise zu begründen sein und nicht gefordert werden können. Wie die Dinge sich im Osten entwickeln werden, sei noch nicht zu übersehen. Zu rechnen sei mit einer Zerreißung des westpreussischen Verbandes. Es ist aber die Möglichkeit gegeben, mit den dortigen Vereinen in Verbindung zu bleiben.

— Zur Wiederanknüpfung der deutsch-italienischen Handelsbeziehungen haben in München Bepflegungen stattgefunden, an denen zwei Vertreter Italiens, ferner Vertreter vom Wirtschaftsausschuß und der bayerischen Regierung, der Industrie, des Bankgewerbes, des Expeditionsgewerbes und des Großhandels, teilnahmen. Die Vertreter Italiens erklärten, daß Italien Schwefel, Rohseide, Gemüse, Obst, Del; Hüte; Hanf (Sant) und Seiner liefern könne. Der Bedarf Italiens erstreckt sich auf folgende Artikel: Zellulose, Zink, Eisenabfälle; pharmazeutische Produkte, trielle Sachen, Holz, Kalkfäße, Tomatomehl, Glas, Buttermaschinen und Holzbearbeitungsmaschinen. Es soll darauf hingewirkt werden, daß möglichst bald eine deutsche Handelsabteilung in Italien und eine italienische Handelsabteilung in Berlin bei den beiderseitigen Botschaften errichtet wird, um schwebende Fragen baldigst zu klären und die in beiden Ländern bestehenden Vorschriften zur Kenntnis der Beteiligten zu bringen. Zur Finanzierung der Ein- und Ausfuhr soll zwischen deutschen und italienischen Banken Kreditabkommen herbeigeführt werden.

— Neue Württembergische Anleihe. Württemberg hat an das Reich für die Senkung der Lebensmittelpreise 25 Millionen Mk. zu entrichten. Der Finanzminister beabsichtigt zu diesem Zweck eine neue Anleihe in gleicher Höhe aufzunehmen.

— In der Hauptversammlung des Stahlwertverbandes wurde entsprechend dem Ergebnis der Preisaussprache im Stahlbund beschlossen, von einer Preisveränderung vorläufig abgesehen. Die Frage der Verbandsverlängerung wurde ebenfalls verjagt.

Neues aus aller Welt.

Landung des Ozean-Luftschiffes. Nach einer Reutersmeldung hat das englische Luftschiff N. 24 über der Stadt Ulking die trübliche Küste erreicht. London, 13. Juli. (Reuter.) Das britische Luftschiff N. 24 ist heute Morgen 7 Uhr 2 Minuten in Pulham (Norfolk) gelandet. Infolge starker günstiger Winde hat es zu seiner Heimfahrt nur 75 Stunden 3 Minuten gebraucht gegen 108 Stunden für die Fahrt nach Amerika.

Im Flugzug über die Alpen. Der Flieger Pavesi hat als erster in einem Wasserflugzeug die Alpen überflogen, indem er die Strecke Sesto-Calende-Genova via Simplon in einer Stunde 50 Minuten zurücklegte.

Verantwortlich für den politischen Teil: Hauptgeschäftsführer Günther Herricht; für den übrigen redaktionellen Teil: Wilhelm Gäßler; für den Anzeigenteil: Hans Reigelind. Druck und Verlag: Fürstentum Zeitung A.-G. Sämtlich in Köslin.

Die vielen Beweise warmer Teilnahme, welche mir und meinen Söhnen aus Anlaß des Todes meines lieben Mannes von nah und fern, von Vereinen und Korporationen, von Beamten, Angestellten und Arbeitern aus Strippow zugegangen sind, haben uns besonders wohl getan. Außerstande, jedem einzelnen unsern Dank zu sagen, möchten wir ihn auf diesem Wege aussprechen.

Elisabeth von Blandenburg
geb. Freiin von Maß.

Gottes Güte schenkte uns heute einen Sonntagsjungen.

Mir werden ihn Wilhelm nennen.
Mitgriebnis, den 13. Juli 1919.

Friedrich von Wenden-Griebnis,
Hedwig von Wenden
geb. von Wenden.

Bekanntmachung.

Fortgesetztes Befahren des sogenannten Sandsteiges über die Quebbewiese veranlaßt uns, wiederholt darauf hinzuweisen, daß das Befahren dieses Steiges mit Fuhrwerk jeder Art verboten ist. Entsprechende Warnungstafeln sind dafelbst aufgestellt. Zuwiderhandlungen werden bestraft.
Köslin, den 10. Juli 1919.

Die Pollaczerverwaltung.
Dr. Pusch.

Bekanntmachung.

Für die Einwohner der Stadt Köslin werden auf Abschnitt Nr. 3 der Lebensmittelliste am Donnerstag, dem 17. Juli, pro Kopf 300 Gramm Saferfäden ausgegeben.

Die Abschnitte sind bis spätestens Mittwoch abend bei den Kaufleuten abzugeben.
Lehrende haben die gesammelten Abschnitte am Donnerstag vormittag bis spätestens 11 Uhr im Lebensmittelamt einzureichen.
Der Kleinhandelshöchstpreis für 1 Pfund ist 62 Pfg.
Köslin, den 14. Juli 1919.

Der Magistrat.

Bekanntmachung.

Die Butterverkaufsstelle beim Kaufmann Biesch-Danzigerstr. 31, geht mit Ende dieser Woche ein. Mit dem gleichen Zeitpunkt übernimmt sie der Kaufmann Corstedt - Danzigerstraße 4.

Köslin, den 14. Juli 1919.

Der Magistrat.

Land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeberverband im Kreise Köslin
ladet ein zur

Generalversammlung

am Mittwoch, den 16. Juli, nachm. 3 Uhr im Kösliner Klub.
Tagesordnung:
Tarifvertrag. Neuwahl und ev. Auflösung.
Vollzähliges Erscheinen notwendig.

Für Landwirte!!

Mit behördlicher Genehmigung aus Heeresbeständen gekauft

50 Paar komplette Kuntgeschirre
bestehend aus:

- 1 Kunt (Stallkunt)
- 1 Umhang
- 1 Hinterzeug
- 1 Hauptgestell mit Trense
- 1 Halfter
- 1 Kreuzleine (zu je 2 Geschirre)
- 1 Obergurt
- 2 Zugtaue.

vollkommen neu,
alles Leder,
Friedensware,

Preis 680 Mark einschl. Verpackung gegen Nachnahme.
Anfragen unter A. T. 100 Berlin N.W., Postamt 107.

Echt Münchener Hackerbräu,
sowie

Bohrisch hell und dunkel,
„Doppel Malz-Bier“
etc. in Flaschen und Faß empfiehlt

Julius Reich, vorm. August Pahlow,
Mühlentorstraße 2. — Fernspr. 495.

Soeben erschienen

„Unter Gottes gewaltiger Hand“

Predigt über 1. Petri 5 und 6
am allgemeinen Landstrauertag nach Friedensschluß
am Sonntag, dem 6. Juli 1919,
gehalten von
Superintendent Lic. Meyer.

Preis 30 Pfg.

Zu beziehen von der
Fürstentümer Zeitung, A.-G., Bergstr. 26, sowie in den
Buchhandlungen von A. Hoffmann, Markt 18, und
K. Ludwig, Bergstr. 34.

Ostsee-Sanatorium Zoppot

Ist wieder eröffnet
für innere, Stoffwechsel-, Nerventränke, Erholungsbedürftige.
Nachbehandlung von Kriegsschäden aller Art.
— Vorzügliche Verpflegung. —
Leit. Arzt Dr. M. Gumz.

Bin bis 14. August verreist. Beginn der Sprechstunden 15. August.

Zahnarzt Goerke.

Bin wieder unter meiner alten
Nr. 461

an das Fernsprechnetz angeschlossen.
Ernst Deyer, Schlossermesser,
Buchwalderstr. 2.

Jagdverpachtung.

Mittwoch, den 30. d. Mts., nachmittags 6 Uhr, werde ich im Gasthause die Jagd auf der Parnower Feldmark in zwei Jagdbezirken öffentlich verpachten. Bedingungen werden im Termin bekannt gemacht.
Der Jagdvorsteher.
Priebe.

Freiwillige Versteigerung.

Mittwoch, den 16. Juli, werde ich von vorm. 9 Uhr ab forzugs halber Mühlentorstr. 70:

1 kompl. 3 Zim.-Wohnung wie 1 Garnitur m. 2 Sesseln, 2 Sofas, 2 Verticos, 1 Büffel, 1 Mädchenspind, 2 Spiegel mit Stufe, Etageren, 1 Kleiderspind, 4 Tische, Stühle, 1 Regulator, 1 Waschtisch, 1 Marmortisch, 1 Waschtisch, 1 Feldbettstelle, 1 Bild, 1 Küchenspind und Tisch, 1 Gasbratofen und vieles and. m.
Öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern.
Besichtigung nur eine Stunde vorher.

Ewald Beihl,
verord. Auktionator u. Taxator,
Mühlentorstr. 11.

Anlieferungen von Heu

können täglich in unseren Lagereien erfolgen.

Kösliner Häckselwerke
A. Sabakly.
Telefon 40.

Stuhlrohr

— Ersatz —

unverwundlich im Gebrauch liefert à Pfund 18,— Mark nur solange Vorrat in Bündeln zu 1 Pfd. ab Stolz geg. Nachnahme. Wiederverkäufer erhalten Rabatt.

Josef Grünbaum,
Stolz, Telefon 825.

Tanzlehrbuch
lehrt alle modernen Tänze, M. 2.50.
Asta-Verlag München 28/116.

Abgelaufene, schlechte

Holzfußböden

werden wieder schön mit Theorli-Farbe. In Wasser gelöst, firechtfertig. Paket Mark 3.50 franco Nachnahme reicht für 3 Zimmer. Viele Anerk. Allein Lieferant:
Max Krüger, chemisch-technische Produkte,
Dresden-A. Ziegelstr. 59.

Modern. Tanzlehrbuch

mit vielen Abbildungen M. 3.35.
Guter Ton und feine Sitte, Geschmackwert 5.50. Die Gabe der gewandten Unterhaltung 3.20. Bekämpfung der Schüchternheit 3.35. Die Kunst des Gefallens 6.40. Liebesbriefsteller 3.20. Moderner Weg zur Ehe 3.35. Jede Dame ihre Friseurin 3.10. Traumbuch 2.65. Klavierlehre 7.40. Biokochschule 6.50. Zeichenschule 2. Schönheitslehre 4. Prakt. u. Geschäftsbriefsteller 5.50. Rechtschreibung Duden 6.50. Aufschulung 5.75. Fremdwörterbuch 5.75. Richtig Deutsch 5.75. Englisch 5.75. Französisch 5.75. Italienisch 5.75. Böhmisches 5.75. Ungarisch 5.75. Polnisch 5.75. Russisch 5.75. Spanisch 5.75. Buchführung 5.75. Handelskorrespondenz 5.75. Kontorparis 5.75. Bankwesen 5.75. Rechtsformulare 5.75. Reframehrbuch 5.75. Handbuch für Kaufleute 15.— 1000 chem. techn. Rezepte zu Handelsartikeln 6. Gartenbuch 5.75. Schiffspreisgekröntes Lehrbuch der Landwirtschaft M. 13.35. Gegen Nachnahme L. Schwarz & Co., Berlin A. C. 14, Annenstr. 24.

Erhöhung des Einkommens

durch Versicherung von Leibrente bei der
Preussischen Renten-Versicherungs-Anstalt.

Sofort beginnende gleichbleibende Rente für Männer:
beim Eintrittsalter (Jahre): 50 | 55 | 60 | 65 | 70 | 75
jährlich % der Einlage: 7,248 | 8,244 | 9,612 | 11,496 | 14,196 | 18,120;
Bei längerem **Aufschub** der Rentenzahlung wesentlich höhere Sätze. — Für Frauen gelten besondere Tarife.
Vermögenswerte Ende 1918: 124 Millionen Mark.
Tarife und nähere Auskunft durch: **Georg Schrader,**
in Fa. **Julius Schrader** in Köslin, Hohetorstrasse 19.

Die Eröffnung der

Gaushaltungsschule der Diakonissenanstalt Salem,
Köslin, ist auf den 1. Oktober d. Js. festgelegt worden, Pensionspreis einschließlich Lehrgeld 1000 M., Kriegsteuerzulage 200 M. im Jahr. Prospekt versendet der Hausvorstand der Diakonissenanstalt Salem, S. v. Massow, Oberin, Köslin.



Die Pferdeverkaufsstelle im Bahnhof Zoologischer Garten Stall Nr. 10

empfeilt Jedem, der Pferde braucht, sofort nach hier zu kommen, da die Preise sehr steigen u. Pferde knapp werden, wenn demnächst an die Feinde eine große Anzahl Pferde abgeliefert werden müssen. Preise ca 3000-5500 das Stück, alle Rassen hier. Kriegsanleihe wird zum Tageskurs in Zahlung genommen.

Mahlbücher

wieder vorrätig

Fürstentümer Zeitung A.-G.

Hans Lange, Dentist

Markt 28, I.

Zahnersatz nach neuestem Verfahren.
Gold-Kronen und Brückenarbeiten.

Tanz-Anstandslehre.

Der Kursus für Anfänger beginnt Mitte August. Mit Rücksicht auf die Schüler finden je 2 Stunden nur einmal wöchentlich statt. Gelehrt werden Rundtänze und Quadrille. Der Kursus für Vorgeschr. beginnt auch Mitte August. Einmal wöchentl. 2 Stunden. Gelehrt werden moderne internationale Tänze. Anmeldungen erbitte abends nach 7 Uhr.
Helene Pitron, Hohetorstr. 32a.



Sämtliche Photo-Artikel

billigt
Photo-haus: Kurt Groß, Köslin,
Bergstr. 2. Tel. 130.

Reisstärke

bedeutend billiger, empfiehlt
J. Nowak, Drogerie.

Dachrohr

6-8 Schoß, kauft u. erbitte Offerte
Dom. Biziker.

Vorschriftsmäßige

Fracht- und Eilfrachtbriefe,
Fracht-Anhänger
empfeilt

Fürstentümer Zeitung A.-G.
Köslin, Bergstraße 26.

Ersatz für Briketts.

Wegen der ausichtslosen Kohlenbelieferung empfiehlt es sich schon heute, seinen Bedarf für den Winter mit meinem derben

Buchenholz

einzubeden.
Hugo Petzsch,
Holzhandlung am Kleinbahnhof,
Fernruf 476.

Arbeitsmarkt.

Arbeiter

steht sogleich ein

R. Genger, Mühlentorstr.

Suche zum 15. August ein sauberes

Stubenmädchen

Suchholz, Bahnhofswirtschaft

Jüngerer

Mädchen

zum 1. Oktober gesucht
Schulhaus Schmollentor

Gesucht zum 1. Oktober eine fahrene, zuverlässige

Wirtin

für nicht großen Haushalt.
Frau von Blandenburg,
Strachmin bei Frick,
Bez. Köslin.

Ein ordentliches, sauberes

Mädchen

zum 1. August oder später gesucht
Wluzka, Danzigerstr.

Grundstücks- und Geldverkehr.

Restaurant

zu pachten oder zu kaufen geeignet
Aufahrt sowie Stallung für 20 Pferde.
Bedingung: Angebote unter 2000 Mark.
an den Verlag dieser Zeitung.

Gutes Hotel

durchaus rentabel, in Mittelpommern, veräußert. Einnahmen rund 30 000 Mark, Zahlung 70 000 Mark. Selbst erteilt Auskunft der Bevollmächt. Reg.-Gerr. a. D. Carl G.

Ich beabsichtige mein

Grundstück

Mühlentorstr. 3 und 4
zu verkaufen.
Frau Luise

Ich kaufe

als Witwe, Nähe Bahn u.

kl. Grundstück

1-5 Morgen Land
kann auch am Stadtrand
Genau Einzelheiten erbitte

Stahlberg, Zoppot

Franziskusstraße 42.

Geld

in jeder Höhe
monatlich Rückzahlung
verleihen sofort
H. Blume & Co., Hamburg

Zu kaufen gesucht

Villa oder Landhaus
im Kreise Köslin
einige gute Wohnhäuser
in Stadt oder Nähe Köslin
mehrere Landwirte

Flotten Pony

Anzahlung wird in gewünschter Höhe geleistet.
erbitte Regierungs-Zertifikat
Carl Schulz, Bublitz,
Fernruf 300.

Geld

gegen monatliche
Rückzahlung
K. Calderarow, Hamburg

An- und Verkauf

Zu verkaufen
1 eis. Stütze
mit 2 Ständer, 1x1 m.
Ernst Deyer, Schlosser,
Buchwalderstr. 2, Köslin.

Pferde-Zielengeld

Leder- u. Gurtwaren
Schlafdecken

Neue

Pferde-Zielengeld
Leder- u. Gurtwaren
Schlafdecken

verkauft

Handelsgesellschaft
Kaisersfelder Genossenschaft
Zweigstelle Köslin.

Anzeigen aus Zoppot

Vorzügl. Anzugstoffe
farbig und schwarz,
in guter Auswahl, sowie
Arbeitsstoffe
empfeilt
Franz Schwarz
Schneidermeister.